

mit Scholz nicht ein „böses Erwachen“ droht. Heiko wer?, te man da fragen und den provokanten Zuruf aus der Pro- ls Frust in einer Region abtun, in der der SPD in diesem Sep- er bei der Landtagswahl der Sturz in die außerparlamentari- Bedeutungslosigkeit droht.

ch so leicht darf es sich die Parteispitze mit dem Beitrag des itzigen SPD-Fraktionschefs im Landkreis Nordsachsen machen. Denn der mault nicht nur an der matten Amtsfüh- des eigenen Kanzlers herum, sondern er drückt der gesam- artei eine auf Dauer nur schwer zu lenkende Debatte über iel erfolgreichere Kandidatenvariante aufs rote Auge. Sein ruf heißt „Pistorius!“.

ss es da in der SPD tatsächlich einen gibt, der Scholz gefähr- werden könnte (oder es bereits ist), mag im aufgesetzten Par- rech davon zeugen, wie komfortabel die Partei personell aufgestellt sei.

rauen Alltag aber nagt die Frage, ob es mit dem Verteidi- minster an der Spitze nicht besser lief, auch an so man- getreuen Scholz-Herz. Liegt Boris Pistorius nicht seit vielen unangefochten auf dem Spitzenplatz des Politbarome- Weit vor Scholz und den Unionsgranden? Ist das Wittig-Ora- nit Pistorius wäre der 15-Prozent-Vorsprung der Union schnelligeschmolzen“, also wirklich nur naives kommunal- sches Wunschdenken?

merhin sieht sich SPD-Chef Lars Klingbeil zusammen mit Generalsekretär Kevin Kühnert zu ernstem Widerspruch igt. „Scholz ist der Kanzler, und er bleibt es. Und er wird auch r unser Kandidat“, heißt die Parole. Was auch sonst? Denn z sitzt noch immer fest im Sattel, auch wenn er mit seiner awahlkampfpräsenz für eine zu erwartende Ernüchterung Juni mitverantwortlich gemacht werden kann. Am Kanzler hieß an der Koalition sagen: Diesen Vorwurf will sich die icht machen lassen. Das tun schließlich schon andere.

nd Pistorius? Der Verteidigungsminister übt sich in der De- ze. Die aufgeregten Reaktionen auf seinen verärgerten Aus- r müsse das hier alles nicht machen, falls Scholz eng an der des liberalen Sparministers den Wehretat nicht überdeut- erhöhe, haben ihm gezeigt, dass er sich mit unüberlegter meierei zurückhalten muss. Und er hat dem Kanzler vor Au- eführt, seinem Verteidigungsminister volle Unterstützung en zu müssen. Scholz eben.

och die Katze guckt aus dem Sack. Nach der Europawahl und rei Ostlandtagswahlen dürfte die SPD alle Hände voll zu tun a, eine dann tiefergreifende Personaldebatte zu verhindern. eißt es doch: Mit dem Zweifel wächst das Wissen.

KOMMENTAR

Rote Karte für Pocher

er Sender SWR macht es sich zu einfach, wenn er den median nach seinen Entgleisungen nicht rügen will.

herne Wortestehen im Staatsvertrag zur öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt in Stuttgart: „Der SWR n seinen Angeboten die Würde des chen sowie die sittlichen, religiösen weltanschaulichen Überzeugungen er zu achten“ (Paragraf 6, Absatz 2). SWR-Sommerfestival auf dem Stutt- r Schlossplatz hat Oliver Pocher die le einer Besucherin verletzt. Der Co- an stellte inakzeptable Fragen zu Intimsphäre und machte sich mehr- ustig darüber, dass sie ohne Sex lebt. Betroffene wandte sich danach unter en an das SWR-Team.

owohl Pocher klar gegen die Richtlinien des Staatsvertrags oßen hat, wird er nicht vom SWR gerügt. Kommunikations- n Anja Gürzel macht es sich zu einfach, wenn sie darauf ver- , als öffentlich-rechtlicher Sender wollem an, „keine künstle- en Programme“ bewerten. Ob es sich um Kunst handelt, j jemand Frauen überrumpelt und öffentlich bloßstellt, sei ggestellt.

ass sich Pocher nicht zum Vorfall äußert, überrascht nicht: digungen und das Polarisieren sind sein Geschäftsmodell. es ist enttäuschend und entlarvend, dass sich die Verant- lichen beim SWR davor scheuen, dem Comedian die Rote e zu zeigen.

enn dann müsste der Sender öffentlich eingestehen, dass es ehler war, Oliver Pocher überhaupt erst eingeladen zu ha-



VON UWE BOGEN

Wie ist Ihre Meinung? Schreiben Sie an [nachrichten@reiff.de](mailto:nachrichten@reiff.de) Leser-Kommentare werden ggf. auszugsweise veröffentlicht.

Schlagworte

22. Mai 2024  
X Träumern die Augen geöffnet X

Zu den Artikeln „Grün-Schwarz einig“ und „Ehrlichkeit hilft“ (Titel/Meinung 4. Mai): Ist das die längst überfällige Wende? Gleich zwei Artikel in der MITTELBADISCHEN PRESSE, die hoffen lassen. Zum einen will man in Baden-Württemberg wieder zurück zur verbindlichen Grundschulempfehlung und in einem Kommentar von Jens Sikeler werden wohl allen Träumern die Augen geöffnet, dass wir uns anstatt auf weniger, auf mehr Arbeit einstellen müssen. Beides keine neuen Erfolgsrezepte. Als es noch die verbindliche Grundschulempfehlung gab, durften Kinder ihrer Begabung nach die entsprechende Schulform besuchen und wurden nicht aus Prestige- oder Eitelkeitsgründen zu einer Schulform gezwungen, die sie überfordert und andere ausbremst.

Dass der Landeselternbeirat nun von einer Entmündigung der Eltern spricht, ist die einzig bedauerliche Randbemerkung im Artikel. Viele Eltern sind erkennbar nicht in der Lage, mit der Entscheidungsfreiheit verantwortungsvoll umzugehen. Ebenso beweist die mittlerweile erreichte Schlusslichtposition, dass die rot-grüne Arbeitszeitromantik wohl nicht funktioniert. Immer weniger arbeiten für noch mehr Lohn.

Sehr beängstigend, dass unser Bundeskanzler das immer noch nicht verstanden hat. Brachte er doch vor Kurzem seine Unterstützung zum „Freizeitpark Deutschland“ zum Ausdruck, wie der deutsche Wirtschaftsstandort mittlerweile bezeichnet wird. Mit

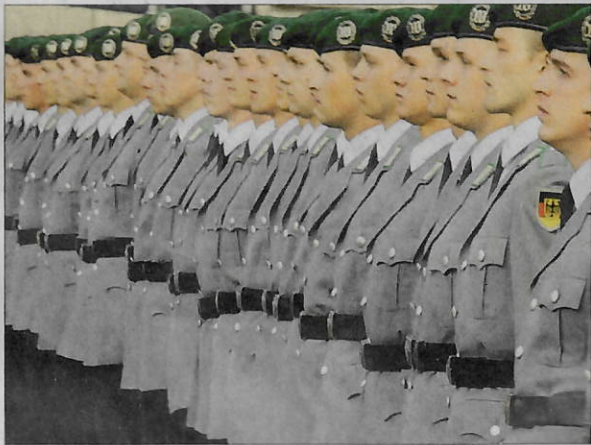
Zum Tod des iranischen Präsidenten bei einem Hubschrauberabsturz:



Polen

Unter Präsident Ebrahim Raisi wurde der Iran noch antiwestlicher als er es ohnehin schon war. Der Iran hat sich noch deutlicher im Lager Chinas und Russlands positioniert, das er im Ukraine-Krieg militärisch unterstützt. Der Tod eines solchen Präsidenten wird nichts am großen geopolitischen Spiel ändern. Die Opfer sind hochrangig. Dies könnte jetzt zur Rechtfertigung eines härteren Kurses sowohl im Innern als auch in der Region dienen. (...) Die Proteste, die großen Mut erfordern, haben seit

LESERSTIMMEN



Die Debatte um das Wiederaufleben der Wehrpflicht be- tigt einen unserer Leserbriefschreiber. Foto: Wolfgang

einem Bericht über eine Ver- anstaltung in Achern mit dem Kabarettisten Philipp Schar- enbergers schließt sich der Kreis der interessanten Be- richterstattung unserer regio- nalen Presse. Dieser macht auf die geistige Armut unserer Ge- sellschaft aufmerksam. Das ungemütliche Fazit: Wir müs- sen uns unser Denken zurück- holen und Mut haben, uns un- seres eigenen Verstandes zu bedienen. Erschreckend, dass solche Erkenntnisse von Kaba- rettisten, aber nicht von unse- rer derzeitigen Bundesregie- rung zu vernehmen sind.

JÜRGEN MUSSLER  
Oberkich-Haslach

Keine freiwillige Verteidigung

Zum Artikel „Mehr Solda- ten für Heimatschutz“ (Poli- tik, 21. März): In letzter Zeit gab es über die Bundeswehr, den Zivilschutz, einiges zu le- sen. Vor dem Angriff Russ- lands auf die Ukraine kräh- te bei uns kein Hahn danach,

jetzt aber erwacht dem „Dornrösche“. Nicht nur die Armee- teidigungsfähiger we- dern auch der Zivils- aufgepöppelt werden hin soll die Jugend und moralisch vorber- den, und die Wehrpfl- te bald wieder einge- den. Verteidigung Pistorius macht sich ü- über deren künftige A- tung, aber der SPD- de Klingbeil ist der- dass nur Freiwillige terland“ verteidigen s- Jetzt ist auch noch den „Heimatschutz“ ins Leben zu rufen. gimeter mit rund- daten sollen aufge- den. Viel zu wenige Befehlshaber des „I- len Führungskomma- neralleutnant Boder Bedenken gibt. Rech- Die Heimatschutztru- len im „Hinterland“ rastruktur wie zum Verkehrsknotenpunk- werke oder Bahnstr- chern. Weiterhin- sie Luftlandetruppe

PRESSESTIMMEN

Jahren nur zu verstärkter Re- pression geführt. Es ist unklar, was passieren müsste, damit der Iran nicht mehr der Iran von Rai- si und vor allem von Religions- führer Ajatollah Ali Chamenei wäre – ganz gleich, wie lange Chamenei noch lebt.

THE TIMES

Großbritannien  
Was als Nächstes passiert, wird wahrscheinlich den Eindruck verstärken, dass der Iran ein Land ist, das außer Kontrolle ge- rät. Es wird überstürzte Präsi- dentenwahlen geben, Versuche, die Feinde des Iran zu beschuldi- gen, Polizeirazzien. Ein echter Kampf um die Thronfolge, der eine weitreichende Dysfunktion des Systems offenlegen wird.

The Washington

USA  
Es besteht (...) wenig dass der Tod von Raisi- legende Politik des Re- einflussen wird. (...) Un- vom Geschlecht hat- sche Volk die thec- Unterdrückung und- schaftlichen Opfer sa- kann nicht rechtmä- werden, wenn sich di- gungen nicht ändern.

Zu Taiwans neuem Pr- Lai Ching-te

HOSPODÁŘSKÉ

Tschechien  
Die Lage Taiwans ist